

Trend der letzten Jahre zur bürgerlichen Liberalisierung. Auch er betonte, daß derzeit Stabilität das wichtigste sei. Weiterhin beschwor er die folgenden Werte, auf die die Journalisten zu achten hätten: Patriotismus, Sozialismus, Kollektivismus, Unabhängigkeit, Vertrauen auf die eigene Kraft, hart arbeiten und das Vaterland mit Fleiß und Genügsamkeit aufbauen. Ferner sollen im Volk nationale Würde und Selbstvertrauen, Begeisterung, Einmütigkeit und der Wille zur Überwindung von Schwierigkeiten geweckt werden. Er äußerte sich auch zum Problem der Pressefreiheit. "Pressefreiheit" sei bei einer kleinen Gruppe von Leuten, die einen bürgerlich-liberalen Standpunkt innehatten und das Volk und die Partei bekämpften, ein Schlagwort gewesen. Doch könne sie niemals abstrakt und absolut sein, das sei in keinem Land so. Unter den gegenwärtigen Bedingungen, da international noch der Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus bestehe und innerhalb Chinas noch in einem bestimmten Bereich Klassenkampf bestehe, müsse diese Freiheit noch Klassencharakter haben. Jiang Zemin ließ ebenfalls keinen Zweifel daran, daß die Massenmedien die Führungsrolle der Partei anzuerkennen haben. (RMRB, 30.11.89)

Seit dem 4. Juni gilt den Massenmedien die besondere Aufmerksamkeit der Propagandaabteilung des ZK. Die umfangreichen Säuberungen im Medienbereich gehen immer noch weiter, ebenso die ideologische Bearbeitung der Journalisten und ihre Ausrichtung auf die Parteilinie. Im August hatte die Propagandaabteilung bereits eine ähnliche Konferenz veranstaltet (vgl. C.a. 1989/8, Ü 24). -st-

Außenwirtschaft

*(36)

Abwertung des Renminbi wahrscheinlich

Die chinesische Regierung hat das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei auf der letzten Plenartagung von der Absicht informiert, die Landeswährung im Januar 1990 drastisch abzuwerten. Der Wechselkurs des Renminbi soll von gegenwärtig 3,7 Yuan für 1 US\$ auf 4,8 Yuan gesetzt werden. Das entspräche einer Abwertung um ca. 30%.

Gerüchte über eine bald bevorstehende Abwertung hielten sich bereits seit geraumer Zeit. Sie bestimmen auch das Verhalten auf dem Devisenschwarzmarkt, auf dem für 1 Dollar zur Zeit knapp 5 Yuan gezahlt werden. Bei den illegalen Devisenhändlern sind die von der Bank of China ausgegebenen Foreign Exchange Certificates (Ausländergeld) in Erwartung dieses Schrittes immer weniger gefragt. Statt dessen ziehen sie den direkten Erwerb von westlichen Hartwährungen vor.

Hinsichtlich des Zeitpunktes der Abwertung hielt sich der Sprecher des Staatsrats kürzlich noch bedeckt. In einem Gespräch mit westlichen Kaufleuten sagte er vor dem ZK-Plenum, daß die Abwertung in keinem Fall noch 1989 vorgenommen würde. Von den chinesischen Handelsgesellschaften ist andererseits bekannt, daß sie bei ihren Planungen für das kommende Jahr bereits einen deutlich verbilligten Renminbi zugrunde legen.

Die Entscheidung für eine Abwertung wurde reifer, je mehr die Regierung öffentlich von der Notwendigkeit sprach, die trotz zahlreicher Importbeschränkungen unerwünscht weiterwachsende Einfuhr zu drosseln bzw. die chinesischen Ausfuhren, die in der 1. Jahreshälfte 1989 erneut eine enttäuschend niedrige Zuwachsrate zeigten, zu stimulieren. Das chinesische Handelsdefizit erreichte für die ersten acht Monate des Jahres 1989 mit insgesamt 6,85 Mrd. US\$ bereits mehr als die doppelte Höhe des vergleichbaren Vorjahreszeitraums.

Obwohl die Notwendigkeit einer Anpassung des überbewerteten Renminbi allgemein nicht bestritten wird, gibt es vor allem von Seiten der Zentralbank und den staatlichen Preisregulierungsbehörden Zweifel, ob sich China eine Abwertung in dieser Größenordnung zum gegenwärtigen Zeitpunkt leisten kann, ohne das vorrangige Ziel der Inflationsbekämpfung zu gefährden.

Alle bisherigen Erfahrungen, so wird aus dieser Richtung argumentiert, haben gezeigt, daß Abwertungen inflationsfördernd wirken. Ein verbilligter Renminbi verteuert die importierten Fertigwaren, aber auch den Preis von Gütern, die mit eingeführten Rohstoffen und Komponenten für den Binnenmarkt produziert werden. Als Folge, so wird befürchtet, könnte sich das Haushaltsdefizit eher noch vergrößern

und die Regierung gezwungen sein, statt weiter Liquidität abzuschöpfen, sich der Notenbank zu bedienen.

In dem Kommuniqué über die Wirtschaftsbeschlüsse des Zentralkomitees findet sich kein Hinweis auf die geplante Abwertung. Nach dem nun genannten Umfang ist sie die einschneidendste Wechselkursveränderung der letzten Jahre. Bei der ersten wurde die Parität des Renminbi 1985 von 2,8 auf 3,2 Yuan und im folgenden Jahr auf den noch heute gültigen Kurs von 3,7 Yuan zum Dollar festgesetzt. (SZ, 15.11.89) -lou-

*(37)

Mäßiger Umsatzanstieg auf der Guangzhou-Messe

Die 66. Exportausstellung der Volksrepublik China in Guangzhou hat einen weniger ungünstigen Verlauf genommen, als auf chinesischer Seite nach den Reaktionen des Auslands auf die Juni-Ereignisse vielfach befürchtet war. Zugleich konnte die traditionell größte Messe des Landes unter ihrem offiziellen Namen "Chinese Export Commodities Fair" aber auch nicht ganz die Erwartungen der Außenwirtschaft der Volksrepublik erfüllen, die sich von dieser Veranstaltung den Durchbruch zu merklich verbesserten Verkaufsabschlüssen erhofft hatte.

Angaben der Messeleitung zufolge belief sich das Umsatzvolumen während der Ausstellung, die am 30.10.1989 nach zweiwöchiger Dauer zu Ende gegangen war, auf 5,35 Mrd. US\$. Damit konnte ein Anstieg von 5,8% gegenüber der erfahrungsgemäß verkaufschwächeren Messe im Frühjahr des Jahres verbucht werden. Einen Rückgang von 4,4% auf rd. 36.500 Geschäftsleute und Einkäufer verzeichnete die Messe hingegen bei der Zahl der Besucher aus dem Ausland.

Mit einer Fläche von insgesamt 131.000 qm, auf der über 60.000 Exponate im Rahmen eines breiten Angebotsspektrums ausgestellt wurden, hatte die diesjährige Herbstmesse einen ähnlichen Umfang wie ihre Vorgängerin im April 1989. Auf der Ausstellerseite waren ca. 1.800 Firmen weniger als im Frühjahr (knapp 2.000) vertreten, die wie üblich in 18 verschiedene, nach Branchen aufgliederte Außenhandelsdelegationen zusammengefaßt waren. Darüber hinaus partizipierten

an den Veranstaltungen mit eigenen Ständen auch wieder die größten Provinzen sowie die Sonderwirtschaftszonen, darunter erstmals auch die Anfang 1988 geschaffene Sonderwirtschaftszone Hainan.

Der höchste Anteil am Messeumsatz entfiel gemäß einer näheren Aufschlüsselung der Vertragsabschlüsse auf den Bereich Textilien und Bekleidung (inkl. Seide). Er führte mit großem Abstand vor Nahrungsmitteln und Speiseöl, Getreide, Haushaltsgeräten (braune und weiße Ware) und -Artikeln, Handwerkszeug, Metallen und Bergbauprodukten, Erzeugnissen der Leichtindustrie und des Maschinenbaus, chemischen Vor- und Zwischenprodukten, Spielwaren sowie Kunstgegenstände.

Die umsatzstärksten Landesgebiete repräsentierten die entlang der Küste gelegenen Provinzen Guangdong, Zhejiang, Fujian, Guangdong, Shandong und Liaoning sowie die Stadt Shanghai (2. Rang hinter Guangdong).

Eine führende Position auf der Einkäuferseite sowohl hinsichtlich der Besucherzahl als auch der Vertragsabschlüsse nahmen wie auch auf den zurückliegenden Messen Unternehmen aus Hongkong und Macau ein, die Kontrakte im Gesamtwert von rd. 665 Mio.US\$ auf sich vereinigten. Ihnen folgten Unternehmen aus der EG mit Umsätzen von 603 Mio. vor Firmen aus den USA mit 476 Mio., aus Japan mit 387 Mio. und aus dem Mittleren Osten mit 138 Mio.US\$.

Von Messteilnehmern aus dem Ausland sind indessen die offiziellen Zahlen über die in Guangzhou zustandegewordenen Vertragsabschlüsse und die Besucherzahl in Zweifel gezogen worden. Nach allgemeiner Einschätzung dürfte der eigentliche Messeumsatz deutlich unter 5 Mrd.US\$ gelegen haben, nachdem zahlreiche Auslandsfirmen von chinesischer Seite dazu gedrängt worden waren, die formelle Unterzeichnung schon früher getroffener Vereinbarungen bis zur Messe aufzuschieben.

Im übrigen ist bei nicht wenigen ausländischen Einkäufern nach den, wie es hieß, im allgemeinen sehr zähen Verhandlungen über Lieferbedingungen sowie den vielfach spürbar erhöhten Preisen mit Aufschlägen bis zu

15% gegenüber dem Frühjahr die Befürchtung aufgekommen, ob ihre chinesischen Geschäftspartner tatsächlich in der Lage seien, ihre vertraglich eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Nicht verborgen geblieben ist regelmäßigen Besuchern der Messe, daß bei zahlreichen Exponaten Qualitätsverschlechterungen gegenüber früheren Ausstellungen festzustellen waren. Auf ausländischer Seite sind für diese Mängel hauptsächlich die in der Wirtschaft Chinas in letzter Zeit verstärkt auftretenden Engpässe in der Materialversorgung verantwortlich gemacht worden. Registriert wurde nicht zuletzt, daß aus offensichtlich den gleichen Gründen eine größere Anzahl von Ausstellerfirmen erstmals nicht mehr auf der Herbstmesse vertreten war. (NfA, 6.11.89) -lou-

*(38)

Finanzhilfen für ausländische Automobilhersteller

Die wichtigsten Autohersteller in der Volksrepublik sollen von der chinesischen Regierung Finanzmittel in Höhe von 100 Mio.Yuan erhalten. Joint Ventures, die von der jüngsten Sparpolitik der chinesischen Führung besonders betroffen sind, sollen Finanzhilfen erhalten. Unter Berufung auf die China National Automotive Industry Corporation (CNAIC) wurden das deutsch-chinesische Unternehmen Volkswagen-Santana und die amerikanisch-chinesische Beijing Cherokee Corporation genannt. Nach ihren Angaben stehen derzeit 4.000 unverkaufte Santanas und 3.000 Cherokee-Jeeps auf dem Gelände der Betriebe. Nach Angaben westlicher Mitarbeiter liegen die tatsächlichen Zahlen unverkaufter Fahrzeuge jedoch noch höher.

Die Krise der chinesischen Automobilindustrie, von der auch ausländische Hersteller betroffen sind, hat ihre Ursache vor allem in der Entscheidung der Führung des Landes, den Kauf von Fahrzeugen zu drosseln, die sie als Luxusartikel bezeichnet. CNAIC zufolge will die Regierung jedoch alle im diesjährigen Wirtschaftsplan vorgesehenen 7.440 in China produzierten Fahrzeuge kaufen. Bisher habe sie 1.500 Volkswagen, 500 Cherokees und 800 der in Guangzhou hergestellten Peugeot erworben. (XNA, 27.11.89) -lou-

*(39)

Vereinigung für Joint Ventures gegründet

In der chinesischen Hauptstadt wurde die "Beijing Association of Enterprises with Foreign Investment" aus der Taufe gehoben. Die Gesellschaft, die derzeit etwa 240 Mitglieder hat, wird von der Stadtregierung als neuestes Instrument zur "weiteren Verbesserung" des Investitionsklimas begrüßt.

Die halboffizielle Vereinigung soll, so ihre Generalsekretärin Tian Xiling, als Brücke zwischen Unternehmen und Regierungsorganen dienen, auf der "die Öffnungspolitik Chinas erläutert, Probleme der Mitglieder in Produktion und Management gelöst und die Beziehungen zwischen den Betrieben gestärkt werden können". Ein Vizebürgermeister Beijings versicherte, die Stadt werde in Angelegenheiten der Neugründung von Joint Ventures eng und kooperativ zusammenarbeiten.

Die Organisation stellt angesichts ihrer personalen und funktionalen Struktur weniger einen Interessenverband als einen zusätzlichen Zwischenschritt auf dem Wege zu den Entscheidungsträgern der wirtschaftlichen und politischen Macht dar. Ihr praktischer Nutzen ist schwer abzuschätzen. Er wird, obwohl im Einzelfall durchaus möglich, in inoffiziellen Gesprächen als im allgemeinen nicht sehr hoch eingestuft. Was man dringender brauche, sei eine klare und praxinahe Wirtschaftsgesetzgebung.

Neue Regelungen, die zu einer besseren Versorgung der Joint Ventures mit Materialien beitragen würden, seien in Arbeit, hieß es bei der städtischen Kommission für Außenwirtschaftsbeziehungen. Entsprechende Probleme hätten sich nach der Verlagerung behördlicher Joint Venture-Genehmigungsverfahren auf Kreisverwaltungen seit Sommer letzten Jahres verschärft. Dort können kleinere und mittlere Projekte bis zu einem Wert von 5 Mio.US\$ geprüft und gebilligt werden.

Daran sind Auflagen gebunden. Die Vorhaben müssen in den Entwicklungsplan der Stadt, in dem die Versorgung mit Energie, Rohmaterialien und Halbfertigwaren geregelt wird, aufgenommen werden. Ferner dürfen weder Im- noch Exporte anstehen, für

die Lizenzpflicht bzw. eine Quotenregelung gilt. Die Ratifizierung wird exklusiv von der städtlichen Handels- und Wirtschaftskommission vorgenommen. Ausschließlich sie genehmigt auch Joint Ventures, sofern chinesische Privatunternehmen beteiligt sind bzw. sie zu 100% aus dem Ausland finanziert werden.

Per 1.9.1989 hatte die Stadt 559 Joint Ventures mit einem Vertragswert von 4,1 Mrd.US\$ zur Ansiedlung in Beijing genehmigt. Daran sind die 185 mit der Zentralregierung abgeschlossenen Projekte nicht enthalten. Auf ausländische Unternehmen aus 26 Ländern entfielen 1,9 Mrd.US\$. Taiwan investierte bisher rd. 140 Mio.US\$ in ungefähr 40 Vorhaben, drei Viertel davon in die produktiven Sektoren.

Von den 559 Joint Ventures hätten gut 200 den Betrieb aufgenommen, 70% seien in der Gewinnzone. Ihr Bruttoerzeugungswert wurde mit 2,6 Mrd.Yuan beziffert, die Verkäufe sollen 2,7 Mrd.Yuan, der Export einen Wert von 37,2 Mio.US\$ erreicht haben.

Die Neuentwicklung verläuft seit den Juni-Unruhen schleppend. Bis Ende Juni 1989 waren dem Vernehmen nach 90 Genehmigungen mit einem ausländischen Kapitalaufwand von ca. 50 Mio.US\$ erteilt worden. Planziel für 1989 waren 100 Kontrakte. (NfA, 6.12.89) -lou-

***(40)**
Zentren für Zusammenarbeit in Moskau und Beijing

Verträge über die Errichtung je eines Zentrums für industrielle Zusammenarbeit in Moskau und Beijing wurden am 22.11.1989 während der in Wien tagenden Generalkonferenz der UN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) unterzeichnet.

Ihre Aufgaben werden ähnlich sein wie die der neun bestehenden Investitionsförderungsbüros (IPS) der UNIDO in Köln, Mailand, Paris, Seoul, Tokyo, Wien, Warschau, Washington und Zürich. Über die Förderung von Investitionen aus dem jeweiligen Gastland in Entwicklungsländer hinaus sollen die neun Büros auch Investitionen aus Drittländern ins Gastland vermitteln.

Da das Gastland und nicht die UNIDO das jeweilige Büro finanziert, besteht auch ein entsprechendes Interesse an einer effektiven und praxisnahen industriellen "Heiratsvermittlung", die allein im laufenden Jahr zu 121 neuen Investitionsprojekten im Werte von 414 Mio.US\$ geführt hat. Die bei internationalen Organisationen so gefürchtete Bürokratie hat bei diesen praxisnahen Einrichtungen keinerlei Nährboden.

Zugleich hat die UNIDO-Generalkonferenz neue Richtlinien für die Arbeit der IPS beschlossen, denn das Hereinholen von Investoren ins Gastland soll auch zu den Aufgaben der bisherigen IPS gehören. Diese Büros stellen Kontakte her, bewerten Projekte, geben Informationen, veranstalten Treffen - von internationalen Investitionsforen bis zu Einzelgesprächen - und helfen bei Verhandlungen. Sie ermöglichen Präsentationen einzelner Entwicklungsländer und bringen deren Vertreter mit interessierten Partnern im Gastland zusammen. (HB, 23.11.89) -lou-

Binnenwirtschaft

***(41)**
Aussagen zur Wirtschaftsstrategie auf dem ZK-Plenum

Ein von der Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlichtes Kommuniqué über die strategischen Leitlinien der Wirtschaftsentwicklung Chinas zieht eine positive Bilanz der Wirtschaftsentwicklung der letzten 10 Jahre. Das Leben in Stadt und Land habe sich verbessert, obwohl sich in den letzten Jahren zahlreiche Schwierigkeiten angesammelt hätten. Der Weg, diese Probleme durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Festigung der Wirtschaftsordnung zu lösen, habe sich als richtig erwiesen und sei in den kommenden drei Jahren oder darüber hinaus fortzusetzen.

Das Zentralkomitee formulierte vier ökonomische Schwerpunktaufgaben. Der gesellschaftliche Bedarf soll eingeschränkt und die Kontrolle über Kredite und Finanzen verstärkt werden. Ausgaben für den Konsum seien zu-

rückzuschrauben. Weitere Bemühungen zielen auf die Korrektur der Industriestruktur sowie auf Erhöhung der Agrarproduktion, vor allem bei Getreide und Baumwolle, ab.

Die Partei wird aufgefordert, ihre Führungsrolle bei der Reform und den Korrekturen strikt wahrzunehmen. Dringend sei, die Interessen des ganzen Landes zum Maßstab zu machen und über örtliche zu setzen.

Auf die Chinesen kommen Jahre der wirtschaftlichen Einschränkung zu. Die Kommunistische Partei kündigte am 9.11.1989 die Fortsetzung des Sparkurses an, der die Wirtschaft der Volksrepublik sanieren soll und für das Volk bereits spürbare Folgen hatte. Die vor 14 Monaten eingeleiteten Maßnahmen hätten bereits zu ersten Erfolgen geführt und würden noch mindestens zwei Jahre lang andauern, hieß es in der Erklärung der Kommunistischen Partei. Materielle Erleichterungen werden hingegen nicht in Aussicht gestellt.

Zu den Auswirkungen der Sparpolitik zählen Fabrikschließungen und Arbeitslosigkeit. Mit ihrem Kurs will die Beijinger Führung die Eindämmung der Inflationsrate unter 10% und die Belebung des Wirtschaftswachstums erreichen. In der ersten Jahreshälfte 1989 betrug die Preissteigerung 25,5%, die wirtschaftliche Wachstumsrate ist von fast 18% im Jahre 1988 auf 0,9% abgesackt. Mittlerweile wurde die Inflation auf 13% heruntergedrückt.

Die Kommunistische Partei forderte eine Kombination von staatlicher Planung und Marktmechanismen, insgesamt aber eine stärkere Kontrolle der Partei über die Wirtschaft. (XNA, 9.11.89) -lou-

***(42)**
Neuer Fünfjahresplan

Der nächste Fünfjahresplan der Volksrepublik China wird im Jahre 1991 beginnen. Die staatliche Planungskommission hat kürzlich die wesentlichen Leitlinien für den 8. Fünfjahresplan entworfen. Vorgeschlagen wurde ein Wechsel von der Politik der regionalen Schwerpunkte hin zu industriellen Schwerpunkten sowie ein Ende des finanziellen Verantwortlichkeitssystems.